

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Note „beträchtlich abgeändert“.

London, 21. Juli. (WIB.) Wie die Blätter melden, sind der Entwurf der Antwort an Deutschland und die Mantelnote an die Alliierten gestern Abend in endgültiger Form der französischen, belgischen, italienischen und japanischen Botschaft sowie der amerikanischen Botschaft zur Information zugestellt worden. Die Dokumente wurden nach Brüssel durch einen Sonderkurier weiterbefördert.

„Times“ glaubt zu wissen, daß der Entwurf der Antwort bei den Besprechungen zwischen dem Premierminister und Curzon am Donnerstag beträchtlich abgeändert und verbessert worden sei. In der endgültigen Form habe er gestern die einstimmige Zustimmung der Kabinettsmitglieder erhalten. In dem Mantelmemorandum werde angedeutet, daß eine baldige Antwort erwünscht sei.

London, 21. Juli. (Gca.) Ueber den Inhalt des englischen Antwortentwurfes an Deutschland, sowie des Begleitbriefes an die Alliierten, der den Charakter eines Memorandums erklärender Art haben soll, wird in den maßgebenden Kreisen strengstes Stillschweigen bewahrt. Nach der Auffassung der englischen Presse über die Dokumente scheinen die internationalen Verhandlungen von nun an in eine neue Phase einzutreten. Die

Antwort

an Deutschland soll sich in der Hauptsache mit dem Sachverständigenausschuß befassen, der beauftragt wird, die Zahlungsfähigkeiten des Deutschen Reiches abzuschnüßeln, während die Frage des passiven Widerstandes in dieser Note nur in flüchtiger Form behandelt sein soll. Es soll dabei das Bedauern über die Folgen, die dieser Widerstand hat und die Hoffnung auf seine Einstellung zum Ausdruck kommen. Die englische Antwortnote an Deutschland soll 6 Schreibmaschinenseiten umfassen. Ausführlicher ist das Memorandum, das diese Antwortnote begleitet. Dieses

Memorandum

soll etwa folgende Gedankenänge zum Ausdruck bringen: Eine Sachverständigenkommission, die beauftragt wäre, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschnüßeln, müßte sich zunächst mit einem Studium der deutschen Einnahmequellen befassen. Als dann hätte es die Zahlungsmittel ins Auge zu fassen, d. h. die Art und Weise, wie diese Zahlungsmittel benutzt werden können. Sie würde sich natürlich auf diese Weise zu fragen haben, welche räumliche Verteilung diese Einnahmequellen im Innerdeutschland

haben und würde auf diese Weise dazu gelangen, die Ruhr- und Rheinlandsfrage und somit auch den deutschen Widerstand im besetzten Gebiet zu prüfen. Denn dieser Widerstand habe selbstverständlich eine Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben der in Frage stehenden Gebiete. Auch die Prüfung der von dem Deutschen Reich angebotenen Garantien und Pfänder soll dieser Sachverständigenkommission überlassen werden. Dieser englische Standpunkt führt alsdann zu der Schlussfolgerung, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die französisch-belgischen Truppen und der deutsche Widerstand im Zusammenhang mit dem Gesamtproblem geprüft werden müssen. Infolgedessen wäre es am besten, mit einer Prüfung zu warten, bis die Sachverständigen sich geäußert und einen Vorschlag unterbreitet haben. Auf den deutschen Vorschlag einer allgemeinen internationalen Konferenz geht die englische Note scheinbar nur in sehr ausweichender Form ein.

Aus zahlreichen Kommentaren der englischen Presse geht hervor, daß das englische Projekt einen durchaus abänderungsfähigen Charakter hat und daß die Dokumente so abgefaßt sind, daß sie jede Provokation Frankreichs vermeiden.

Eine unklare Klarstellung.

WIB. meldet: Der unter unseren Londoner Depeschen (siehe Morgenausgabe des „Vorwärts“ die Red.) abgedruckte englische Stimmungsbericht zur Frage der Räumung des Ruhrgebietes ist, wie wir erfahren, insofern zutreffend, als der deutsche Botschafter in London am Donnerstag erneut dahin instruiert worden ist, daß keine deutsche Regierung der Bevölkerung der rechtswändig besetzten Gebiete einen Abbau ihres Widerstandes zumuten kann, ohne daß der Bevölkerung gleichzeitig vor allem sichere Garantie für die Räumung der Gebiete in kürzester Frist gegeben wird. Was der Bericht über Einzelheiten des deutschen Standpunktes und über den angeleglichen Inhalt von diplomatischen Besprechungen der letzten Wochen hinzusetzt, ist unrichtig. Soweit er Londoner Auffassungen wiedergeben soll, ist er in der vorliegenden unklaren Form nicht verständlich. Ueber den Inhalt des englischen Entwurfs für eine Antwort an Deutschland liegen an amtlicher Stelle keine Nachrichten vor.

Kriegsentschädigung von mindestens 375 Milliarden Goldmark rechnete! Ein ebenso bedenkliches Symptom war die Aufstellung Franklin-Bouillons als Kandidat bei den jüngsten Ersatzwahlen im Wahlkreis Versailles, der seinerzeit gegen das Friedensdiktat stimmte, weil es ihm nicht weit genug ging. Und es ist für den Geist der radikalen Partei bezeichnend, daß sie zunächst zweimal feierlich den Ausschluß derjenigen Mitglieder beschloß, die Mitglieder des Kabinetts Poincaré sind und sich gemweigert hatten, auszuscheiden, daß sie aber nachträglich den Kürzeren zog.

Eine Partei, die solche Leistungen aufzuweisen hat, ist natürlich nicht berufen, Aufrufe an die „internationale Demokratie“ ergehen zu lassen. Der Inhalt dieses Aufrufes ist auch danach. Ihm zufolge wäre also „nur“ das deutsche Großkapital und der angelsächsische Egoismus schuld an der jetzigen katastrophalen Entwicklung der Dinge! Wer wollte leugnen, daß die kurzzeitige Selbstflucht der deutschen Schwerindustrie ihr gerüttelt Schuldenmaß trägt, und wer wollte die verhängnisvollen Folgen der „Europamüdigkeit“ der Amerikaner und vieler Engländer bestreiten?

Aber die Hauptschuld trägt vor der Weltgeschichte Frankreich nicht nur wegen des unter seiner Führung begangenen Wortbruches von Versailles, nicht nur wegen der mahnwichtigen Missionspolitik, die es seitdem in London und Genoa erzwungen hat, sondern zuletzt durch das empörende Verbrechen der Ruhrbesetzung.

Abgesehen von der oben erwähnten Minderheit haben die Radikalsocialisten niemals entschieden gegen diese militaristische Gewaltpolitik Front gemacht, sie haben es höchstens bis zur Stimmenthaltung gebracht, und wenn sie es taten, nicht etwa aus Protest gegen diesen Bruch des Völkerrechts, gegen den militaristischen und imperialistischen Geist, aus dem dieses Vorgehen entspringt, gegen die schamlose Vergewaltigung einer friedlichen Arbeiterbevölkerung, sondern lediglich unter dem Gesichtspunkte, daß diese Operation nicht rentabel genug wäre und die Engländer verschlucken könnte.

All das läßt sich nicht mit einem summarischen und anfechtbaren Urteil über die Kriegsschuldfrage entschuldigen, das, selbst wenn es vollständig zuträfe, nicht die Tatsache der verletzten vierzehn Punkte Wilsons aus der Welt schaffen könnte. Die Wiedergutmachung der Schäden in Nordfrankreich und die Pflicht zur Reparation überhaupt wird von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes anerkannt, auch jenseits der deutschen Sozialdemokratie. Selbst die wahrhaftig nicht sehr fortschrittlich gesinnte Regierung Cuno-Rosenberg hat vor sieben Wochen ein Angebot gemacht, das für jeden einseitigen Franzosen durchaus annehmbar sein müßte. Die Radikalsocialisten haben sich dem bisher nicht geäußert und auch in ihrem Aufruf steht kein Wort des Protestes gegen die rein negative Haltung Poincarés gegenüber diesem Angebot, kein Wort des Protestes gegen die nur aus militärischen Prestigegründen erhobene Forderung einer Kapitulation Deutschlands. Eine Partei, die sich fortschrittlich dünkt und einen derartigen Aufruf an das Ausland ergehen läßt, ist einfach nicht erst zu nehmen.

Der Spion des Zaren.

Die ersten achtziger Jahre gehörten zu den kritischsten des vergangenen Jahrhunderts. Sie standen im Zeichen eines scharfen Gegensatzes zwischen England und Rußland, dem „Walfisch“ und dem „Bären“, deren weltpolitischer Zusammenstoß damals noch als ein geradezu unausweichliches Ereignis betrachtet wurde.

Borderstrassen und der Balkan waren die Brandherde des Konflikts. Dort rangen englische und russische Diplomatie mit allen Mitteln um den entscheidenden Einfluß. Als ein Exponent englischen Einflusses galt auf dem Balkan der Fürst von Bulgarien, Alexander von Battenberg, dessen Position zu unterwühlen die Agenten Petersburgs nicht müßig wurden.

Die Stellung Deutschlands zu dieser weltpolitischen Konstellation war umstritten. Am Berliner Hofe selbst herrschten schwere Meinungsverschiedenheiten. Wilhelm I. und Bismarck wünschten, teils aus Sympathie mit dem zaristischen System, teils aus objektiveren Gründen der äußeren Politik, die Aufrechterhaltung möglichst guter Beziehungen zu Rußland. Der Kronprinz, spätere Kaiser Friedrich, und seine Frau, die viel bescheidete „Engländerin“, hielten zu London und zum Fürsten Battenberg.

Mit welcher Einstellung den deutschen Interessen besser gedient war, ist natürlich eine Frage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Damals wurde sie vorwiegend gefühlsmäßig und nach Gesichtspunkten der inneren Politik entschieden. Die Freisinnigen, die für das parlamentarische System eintraten, erhofften von einer engen Verbindung mit England auch innerpolitische Fortschritte. Die Reaktionäre aber waren fanatische Russenfreunde, weil sie in dem Zarentum das einzige sichere Bollwerk gegen die gefürchtete Revolution erblickten.

Ein solcher Zarenfreund aus solchen Beweggründen war vor allem auch der damals etwa Mitte der Zwanzig stehende Prinz Wilhelm, der älteste Sohn des Kronprinzen, der spätere Kaiser Wilhelm II. Seine abgöttische Liebe für den Zarentum ist bekannt. Bekannt ist auch sein Ausbruch, der Jar Alexander III. sei der „einzige wirkliche Kaiser“ Europas, aber hätte der Großonkel — Friedrich Wilhelm IV. — im Jahre 1848 das Blut nur tüchtig in den Rinnstein fließen lassen, dann wären auch die Hohenzollern noch „wirkliche Kaiser“ von Deutschland.

Wilhelm I. und Bismarck begingen nun im Jahre 1884 den großen Fehler, diesen jungen Mann, den sie selber als durchaus unreif bezeichneten — obwohl er damals immerhin schon 25 Jahre alt war — nach Petersburg zu entsenden, um den dortigen Hoffestlichkeiten beizuwohnen. Hier wurde die Verbindung angeknüpft, die dann in der neuerdings veröffentlichten Korrespondenz Wilhelms mit dem Zaren fortgesponnen wurde. Wir haben heute morgen schon ein markantes Stück dieser Korrespondenz abgedruckt, aus dem klar hervorgeht, daß sich der junge Mann, der vier Jahre später Kaiser wurde, als Spion des Zaren am Berliner Hofe und als Denunziant gegen seine eigenen Eltern betätigte. In einem anderen dieser Briefe heißt es:

Ich bitte Sie bloß um eine Günst: Hüten Sie sich vor Ihren englischen Verwandten! Lassen Sie sich nicht einschüchtern durch das, was Ihnen mein Vater erzählt. Sie kennen ihn ja: er steht gern in „Opposition“ und befindet sich unter dem Einfluß meiner Mutter, die, ihrerseits von der englischen Königin beeinflusst, ihn dazu veranlaßt, alles durch die englische Brille zu betrachten. Ich versichere Sie aber, daß zwischen dem Kaiser, dem Fürsten Bismarck und mir vollkommene Einmütigkeit besteht, und daß ich niemals aufhören werde, es als eine höchste Pflicht anzusehen, die Allianz der drei Kaiserreiche zu stützen und immer mehr auszugestalten. Denn gerade das Bollwerk an den drei Ecken Europas, an dem sich die Wogen der Anarchie brechen sollen, ist es ja, was England am allermeisten in der Welt fürchtet. Sollte zufälligerweise irgendetwas Ernstes passieren, was zu ungünstigen Gerüchten Anlaß geben könnte, so will ich mir, wenn Sie es mir gestatten, die Freiheit nehmen, Sie zu warnen.

Es ist natürlich ganz ausgeschlossen, daß Wilhelm I. und Bismarck, mit deren Einverständnis er sich brüstet, von diesem unanständigen Treiben des hoffnungsvollen Sprößlings auch nur die geringste Ahnung hatte. Denn sie waren beide — besonders der alte Kaiser — Freunde diplomatischer Korrektheit. Aus einer anderen schon zitierten Stelle geht übrigens ausdrücklich hervor, daß der Briefschreiber ganz auf eigene Faust, hinter dem Rücken des Kaisers und der Regierung, handelte.

Der Wiener „Abend“, der sein interessantes Material zweifellos der russischen Regierung verdankt, setzt nun seine Veröffentlichungen weiter fort. Am 13. März 1885 schreibt der prinzipale Spion folgendes:

In wenigen Tagen wird der Prinz von Wales hier sein. Ich bin keineswegs begeistert von diesem Besuche, weil — verzeihen Sie, er ist ja Ihr Schwager (und Onkel des Briefschreibers! Red. d. V.) — dieser unehrenhafte und intrigante Mensch zweifellos hier versuchen wird, die bulgarische Angelegenheit zu beschleunigen — wofür der Tärke zu Mah stehen wird, daß er ihn zur Hölle senden möge — oder sich mit den Frauen am Hof in politische Dinge hinter den Kulissen einzulassen. Ich werde versuchen, ihn soviel wie möglich zu beobachten; aber ein Mensch kann nicht überall sein!

Ich habe Dolgoroff einige interessante Mitteilungen gemacht betreffend die Zahl und Namen der indischen und englischen Regimenter, die in Rawul-Pindi für eine Truppenschau in Gegenwart des Emir am 24. d. M. zusammengezogen worden sind ... Der

Ein Aufruf der französischen Radikalen.

Paris, 21. Juli. (Gca.) Das Exekutivkomitee der radikal-socialistischen Partei veröffentlicht einen Aufruf an die internationalen Demokraten, in dem zunächst der bisherigen Politik die Schuld an der tragischen Bilanz des Krieges zugeschrieben wird. Vorbedingung jeder Neuordnung sei die endgültige Lösung des Reparationsproblems. Die Radikalsocialisten wollen jedoch nicht zulassen, daß diese Frage entgegen den Rechten und Interessen Frankreichs gelöst würde. Das gegenwärtige internationale Chaos sei nur (!) auf den schlechten Willen des deutschen Kapitalismus und die Zurückziehung der Angelsachsen zurückzuführen. Im Jahre 1918 und 1919 seien die Rechte Frankreichs von allen Regierungen und allen Völkern feierlich anerkannt worden. Heute scheine man dies bestreiten und verweigern zu wollen, daß Frankreich in einen Krieg hineingezogen sei, den es nicht gewollt habe und den es mit allen Mitteln zu verhindern sich bemüht habe. Frankreich habe alle Lasten dieses grausamen, von den Alldeutschen entfesselten Krieges auf sich genommen. Internationale und privatrechtliche Regime sei es, daß der Schuldige für die Schäden, die er angerichtet habe, aufkommen müsse. Frankreich habe daher das Recht, Reparationen zu verlangen. Das Manifest verlangt schließlich den Zusammenbruch aller Demokratien zur Durchführung der Abrüstung und Schaffung eines Statuts als oberste Garantie für die Erhaltung des Friedens.

Sollte dieser telegraphische Auszug den Wortlaut des Aufrufes getreulich wiedergeben, so müßte diese Kundgebung für alle wirklichen „internationalen Demokraten“ eine neue, schwere Enttäuschung bilden. Freilich darf man angesichts der Zusammenlegung der radikalen Partei und ihrer jungen Vergangenheit nur sehr bescheidene Ansprüche an ihre weltpolitische Einsicht stellen. Mit Ausnahme der Jahre 1911-1914, in denen sie unter Führung Caillaux einen neuen Kurs der internationalen Verständigung einzuschlagen versuchte — wobei sie unter den schwersten internen Hemmungen zu leiden hatte —, ist ihre Politik wahrhaftig nicht so ruhmvoll, daß sie sich etwas darauf einbilden dürfte. Caillaux selber ist übrigens seitdem von den meisten seiner eigenen Parteigänger schändlich preisgegeben worden, und zwar nicht, weil sie an seine „Schuld“ glaubten, sondern vor allem aus Angst vor der nationalistischen Demagogie. Das Gegenteil von Mut ist, überhaupt, besonders in Dingen der auswärtigen Politik, das Kennzeichen der radikalen Partei. Diese zählt zwar eine ganze Anzahl ausgezeichneten Männer, — und das sind gerade diejenigen, die versuchen, im Geiste Caillaux fortzuwirken. Die große Masse aber unterscheidet sich vom nationalen Block lediglich in innerpolitischen Fragen. In der auswärtigen Politik sind sie manchmal noch schlimmer.

So können wir nicht vergessen, daß der frühere Finanzminister Klok heute noch radikal-socialistischer Abgeordneter ist, der als Mitglied der Regierung Clemenceau die blödsinnige Parole ausgab, daß „der Boche alles bezahlen“ würde und der als Unterzeichner des Friedensvertrages mit einer

Ohren hat, kann hören. Möge sie doch der Mahd alle zusammen in den Ril werfen!

In einem späteren Brief werden die Beobachtungen, die der Briefschreiber während des Aufenthalts des Prinzen von Wales am Berliner Hofe gemacht haben will — seine Beobachtungen g a b e ist übrigens ein besonderes Kapitel —, dem Zaren getreulich wiedergegeben. Da heißt es denn:

Diese Leute (die Engländer. Red. d. B.) sagen, daß es unbedingt notwendig ist, daß früher oder später die beiden Reiche miteinander kämpfen müssen, und daß es keinen Weg gäbe, dies zu vermeiden.

Von diesem Augenblick begann ich, mir Aufzeichnungen zu machen und jede Mitteilung zu erhaschen über alles, was eine Mobilisierung in England betrifft, um alles, was für Sie notwendig ist, zu wissen. Ich werde auch jedenfalls dort Dolgorufi Bericht erstatten.

Was mich betrifft, so bin ich sehr eng befreundet mit dem englischen Militärattaché, der mir viele Dinge erzählt, die den anderen unbekannt sind.

Leider fehlen alle Anhaltspunkte dafür, wie der Zar diese Briefschreiber ausgenommen hat. Wahrscheinlich hat er nach dem bekannten Grundgesetz gehandelt, daß man Spione zwar nicht achtet, aber sich ihrer bedient. Ueberdies scheint es in Petersburg an einer kritischen Einstellung zu den kaiserlich-russischen Geheimberichten nicht gefehlt zu haben, die Folgen hätten sonst viel verhängnisvoller sein müssen. Man hat wohl auch in Petersburg gewußt, daß man es nur mit einem Großmaul und Aufschneider zu tun hatte; denn daß die Engländer gerade ihm, den sie sehr genau kannten — a bad boy, einen üblen Jungen nannte ihn der Londoner Onkel — ihre diplomatischen und militärischen Geheimnisse auf die Nase gebunden haben sollten, war doch allzu unwahrscheinlich.

Man spricht ein Wort der Entschuldigung aus, wenn man in diesem Zusammenhang von krankhafter Entartung redet. Aber was dieser junge Prinz da tat, wie er seine Eltern und den ganzen Berliner Hof auspionierte, wie er mit dem Frieden hazardierte, wie er sich in das Vertrauen einschlich, um es in der abscheulichsten Weise zu mißbrauchen, das alles sind Dinge, die man sich als Handlungen eines normal empfindenden Menschen nicht gut vorstellen kann. Das alles wirkt wie die Symptome einer moralischen Erkrankung.

Ist es am Ende überflüssig, diese alten Geschichten wieder auszugraben? Nein! Denn der Mann, der solche Dinge auf dem Kerbholz hat, war jetzt vor fünf Jahren noch deutscher Kaiser. Er hatte auf die auswärtige Politik des Deutschen Reichs ein Menschenalter lang einen hemmungslosen Einfluß, er hielt diese Zeit über das Schicksal von 70 Millionen, ja ganz Europas in seiner Hand!

Es ist früher oft gesagt worden: „Der Kaiser kann nicht dafür, wie er ist, er kann auch nicht dafür, daß er Kaiser ist.“ Richtig! Aber irgendwie und irgendwann mußte dieser tragikomische Irrtum der Geschichte korrigiert werden, und daß er nicht rechtzeitig korrigiert wurde, war Deutschlands Verhängnis. Nur eine Genugtuung bleibt: Die Gestalt des letzten deutschen Kaisers stehe für alle Zeit als Warnungstafel auf dem Wege jener, die in die Monarchie zurückwollen.

Das graue Elend.

Eine bemerkenswerte Zentrumsstimme.

Der fürchterliche Ernst unserer Finanzlage findet neuerdings auch in der bürgerlichen Presse größere Beachtung. In der letzten Zeit führen einzelne Blätter sogar eine Sprache, deren Schärfe und Bestimmtheit überraschen, aber doch zu spät kommen. So lesen wir in der „Schlesischen Volkszeitung“ vom 17. Juli im Handelssteil einen Artikel unter der Ueberschrift: „Dem finanziellen Zusammenbruch entgegen!“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Es muß immer und immer wieder betont werden — und an dieser Stelle ist das oft geschehen —, daß die Finanzpolitik

des Reiches schon seit Monaten die gefährlichsten Wege geht. Wie sich die Dinge aber neuerlich zugespielt haben, ist des Verharrens in diesen Methoden der verwerflichsten Fester, den man bei der jetzigen Lage überhaupt begehren kann. Ja, wir stehen nicht an zu erklären, daß die ganze Finanz- und Preispolitik des Reiches, wie sie sich in der letzten Zeit des Ruhrkampfes herausgebildet hat, zu einem nationalen Unglück wird. Das ist absolut nicht zu schwarz gesehen. Wir bekennen es rund heraus, daß wir vor dem Tag, der den Zusammenbruch dieser Politik erweist, schon heute ein wahres Grauen haben.“

Der Verfasser des Artikels weist dann auf die falsche Kriegsfinanzierung als den Beginn des deutschen Finanzelends hin und fährt fort:

„Aber was gegenwärtig zur Finanzierung des Ruhrkampfes von seiten des Reiches getan wird, ist eine Neuaufgabe dieser Schuldenwirtschaft in einer Größe, wie man sie selbst in den Zeiten der ärgsten Zerrüttung nach der Revolution nicht wieder erlebt hat. Und an diesem Fehler wird unsere Staats- und Privatwirtschaft letzten Endes zugrunde gehen, wenn nicht alsbald Einhalt geboten wird. Das muß ganz offen und im Vollbewußtsein der Verantwortung, die wir der Öffentlichkeit gegenüber in uns fühlen, ausgesprochen werden. Wir können der Reichsregierung, aber auch dem Reichstag den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Finanzwirtschaft des Reichs in einen Zustand haben bringen lassen, der heute als vollständig hoffnungslos bezeichnet werden muß. Ein gesunder Finanzgrundriss einer jeden Kriegsführung verlangt die Deckung ordentlicher Ausgaben durch ordentliche Einnahmen, aber auch die Deckung außerordentlicher Ausgaben durch außerordentliche Einnahmen. Der ganze Ruhrkampf hätte durch eine besondere Steuer, durch eine aktive Steuerpolitik größten Stils auf eine feste Basis gestellt werden müssen. Das hat man unterlassen, dafür wurde aber die Notenpresse in einem unglaublichen Maße belastet. Gewiß hätte sich unsere Mark unter dem äußeren und inneren Druck vor einer weiteren Entwertung nicht vollends schlingen lassen, aber zu der Zerrüttung, wie wir sie heute vor uns sehen, hätte es nicht zu kommen brauchen.“

Der Artikel schließt in tiefstem Pessimismus: „Die Dinge stehen in der Tat so: Wir gehen unweigerlich dem finanziellen Zusammenbruch entgegen. Und das Verzeufelnde an der Lage ist, daß niemand sich findet, der dem rollenden Rad in die Speichen fällt.“

Rein, es findet sich wirklich niemand! Wohl aber fanden sich sehr viele, auch aus dem Zentrum, die der Sozialdemokratie in den Arm fielen, als sie durchgreifende steuerliche Maßnahmen zum Schutze der Währung forderten und in einzelnen Vorschlägen. Herr Hermes, der Finanzminister, gehört ja wohl dem Zentrum an. Er sollte sich in erster Linie zu Gemüte führen, was sein schlesisches Parteiblatt sagt.

Belagerungszustand in Breslau.

Breslau, 21. Juli. (WIB.) Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat über Stadt und Landkreis Breslau den verschärften Ausnahmezustand verhängt. Danach sind Versammlungen usw. unter freiem Himmel bis auf weiteres verboten, während Versammlungen in geschlossenen Räumen vierundzwanzig Stunden zuvor angemeldet werden müssen. Zusammenkünfte werden mit Gefängnis von mindestens drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehn Millionen Mark bestraft. Ferner hat der Polizeipräsident in Breslau eine Bekanntmachung erlassen, wonach die Polizei angewiesen ist, mit allen Mitteln gegen Ausschreitungen vorzugehen. Hunderte von Verhaftungen seien bereits vorgenommen und mehrere Plünderer ums Leben gekommen. Die Bevölkerung wird dringend ermahnt, sich nicht unnötigerweise auf der Straße aufzuhalten. Ansammlungen sind verboten. Der Ausschau von Brantknebeln usw. in den Schankwirtschaften ist bis auf weiteres untersagt. — Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich erboten, die Schutzpolizei bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Die Behörden haben das Angebot angenommen.

Breslau, 21. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auch heute sind noch Plünderungsversuche unternommen worden, wenn auch

die Gegenmaßnahmen bereits in Wirkung treten. Der Oberpräsident von Niederschlesien hat den Ausnahmezustand über Stadt- und Landkreis Breslau erklärt, der wohl der Bestätigung der Landesregierung bedarf. Der Stellvertreter des Polizeipräsidenten warnt die Bevölkerung vor öffentlichen Zusammenkünften und verbietet den Alkoholausschank. Die freien Gewerkschaften haben einen Ordnungsdienst eingerichtet, dessen Unterführung von der Polizei angenommen wurde. Auch die Kommunisten beteiligten sich daran. Es ist dadurch gelungen, die Einsetzung von Reichswehr zu vermeiden, die die Lage zweifellos auf das Äußerste verschärft hätte. Die Reichswehr schützt nur einige öffentliche Gebäude, ohne daß ihr Aufstreten im Straßenbild in die Erscheinung tritt. Bisher sind den Schieberen sechs Tote, zum Teil unbeteiligte Passanten zum Opfer gefallen. Dazu kommt eine größere Anzahl von Verwundeten. Die antifeudalistische Tendenz der Drahtzieher der ganzen Unruhe tritt aus den Berichten über die einzelnen Plünderungen immer deutlicher hervor. Es handelt sich offenbar um ein Mandat rechtsstehender Kreise, von den eigentlichen Urhebern der Unruhe abzulassen.

Breslau, 21. Juli. (WIB.) Im Laufe der späten Abend- und der Nachstunden kam es zu weiteren Plünderungen, wobei die Polizei wiederholt von der Schutzwehr Gebrauch machen mußte und zahlreiche Verhaftungen vornahm. Der Schaden, den die Stadt erleidet, beträgt mehrere Milliarden. Ein Teil der Geschäfte hat auch heute noch geschlossen. Auch heute wurde eine Reihe von Personen verhaftet. Nach polizeilichen Feststellungen beträgt die Zahl der Toten 6, die der Verwundeten 12—15 Personen. Ein Teil der Verhafteten ist wieder freigelassen worden.

Notstand in Devisen.

Ein Brief des Reichswirtschaftsministers.

Der Reichswirtschaftsminister gibt in einem Schreiben an die Spitzenverbände des Handels und der Industrie zur Hebung der gegenwärtig eingetretenen Störung im Waren- und Zahlungsverkehr folgende Ausnahme von § 2 der Valutainfektionsverordnung bekannt:

Es wird vorübergehend, und zwar vorläufig bis zum 15. August d. J. zugelassen, daß für Einfuhrwaren und Waren, die überwiegend aus eingeführtem Material hergestellt sind und die schon bisher üblicherweise auf Valuta- oder Goldbasis berechnet wurden, Devisen, die im Besitz der Abnehmer sind, in Zahlung gegeben und genommen werden dürfen, sofern der Umsatz nicht im Kleinhandelsverkehr erfolgt und sofern der Nehmer der Devisen (Lieferant der Ware) entweder selbst sich im Besitz einer Handelskammerbescheinigung befindet oder dem Geber die Erklärung abgibt, daß er die Devisen binnen zwei Wochen an die Reichsbank oder an einen im Besitze einer Handelskammerbescheinigung befindlichen, namentlich zu nennenden Einfuhrinhaber weitergibt. Abschrift dieser Erklärung hat der Geber unverzüglich an die Devisenbeschaffungsstelle zu senden, widrigenfalls die Ausnahme nicht Platz greift und die Zahlung in Devisen strafbar bleibt.

Da die hiermit bewilligte Ausnahme nur den gegenwärtigen Notstand mildern und vorhandene Devisen für den Einfuhrbedarf schnell nutzbar machen soll, wird diese Übergangsmassnahme wieder aufzuheben sein, sobald es gelungen sein wird, die stärkere Devisenreparierungen zu vermeiden oder etwa durch Einführung eines Goldverkehrs die zurzeit obwaltenden Schwierigkeiten zu beheben. Der Minister bemerkt ausdrücklich, daß die Verpflichtung zur Ablieferung von Exportdevisen durch diese Ausnahme nicht berührt wird, und daß weder der Lieferant berechtigt ist, von dem Abnehmer Devisenzahlung zu fordern, noch der Abnehmer befugt ist, sich zum Zwecke der Begleichung solcher Inlandsverpflichtungen ausländische Zahlungsmittel durch Ankauf zu beschaffen.

Der Inhalt dieses Schreibens an die Spitzenverbände wird als Verordnung in diesen Tagen näher bestimmt bekanntgegeben, unbeschadet der sofortigen Wirksamkeit.

Marty mit 4690 Militärsträflingen begnadigt. Anlässlich des französischen Nationalfeiertages wurden 4690 Militärgefangene begnadigt, darunter auch der kommunistische Detachierter Marty, dem allerdings sein Rang abgeprochen wurde.

Die Schreibmaschine.

Von Artur Silbergleit.

Sie front als Dienerin des Werttags der neuen Schönheit unserer Zeit, der Host unserer Tage; ihre Nerven sind die unermüdlich schwingenden Tasten, die gewohnt, Befehlen der Merkurjünger oder schwingenden Tasten, die gewohnt, Befehlen der Merkurjünger oder schon wolkenden Mädchen, und Männerfingern unterjochen lassen. Ihre ewige Uebermittlung seelenloser Schriftzeichen oder Zeichen machte sie selbst nicht seelenlos: wenn sie, des Alltags müde, überfüllt von ihrem stärksten Kuppelbad, vor sich hinträumt, und rastlos pochender Herzschlag nicht mehr den Frieden der Stille antastet und beklopft, träumt sie von jener Zeit, da der Mensch noch keine Maschine kannte und da der Maschine nach der Mensch fremd blieb. Sind er und sie nicht heute wahr, und qualverwandt, wurde der Mensch nicht ihr Bruder, d. h. auch eine vom Frontbed der Pflicht ewig durchschämte Maschine?

Tag vertritt ihr um Tag in gleichem Takt und Ton, aber manchmal horcht sie erstaunt und mit hochklopfendem Herzen auf, wenn ihr ein Dichter eine Botschaft der Götter zur Weitergabe an die Menschheit anvertraut oder wenn ihr ein erfindender Genius die Kühnheit seiner Pläne preisgibt. Als sachliche Uebermittlerin aller Evangelien der Märkte und der Märchen Lemaher sie ihr gläubiges Gefühl an die Entwicklung der Menschheit in den Tiefen ihrer geistigen Seele, und sie vermag auf den Höhen ihrer Schriftzeichen ebenso zu rufen wie langsam dahinzumandeln, ebenso zu tanzen wie hinzutrippeln. Aus den aufgeschlagenen Büchern der Gehirne schreibt sie Wesentliches und oft Unwesentliches dienstbereit nach, eine treue Magd des Alltags und zugleich eine Königin ihrer zellofen Träume.

Notlage der pädagogischen Zeitschriften. In einer kleinen Anfrage sämtlicher Landtagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei wurde das Augenmerk des Staatsministeriums auf die Notlage der deutschen Fachpresse, insbesondere auf die Gefährdung des Fortbestandes der pädagogischen und unterrichtswissenschaftlichen Zeitschriften gelenkt. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, besondere Mittel zur Erhaltung bedrohter Zeitschriften der genannten Art und gegebenenfalls auch zur Unterstützung der Schulbücher bei ihrer Beschaffung bereitzustellen, ferner ob es auf die Reichsregierung und die Regierungen der Länder im gleichen Sinne einzuwirken gewillt sei.

Wie der Amalthea Preussischer Pressedienst der Antwort des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entnimmt, erkennt dieser die in den Zeitverhältnissen begründete Notlage der wissenschaftlichen Zeitschriften an. Weiter wird ausgeführt, daß bisher, soweit zu ermitteln gewesen ist, 153 pädagogische Zeitschriften seit dem Jahre 1919 ihr Erscheinen eingestellt haben. Andere stehen vor der Gefahr des Eingehens. Ihre Zahl wäre noch erheblich größer, wenn nicht einer Anzahl der wichtigsten

von ihnen, soweit sie vorwiegend wissenschaftlichen Zwecken dienen, durch Beihilfe der Regierung die Möglichkeit des Weiterbestehens gegeben worden wäre.

Die Staatsregierung verfolgt ständig diese auch von ihr als sehr bedeutsam angesehene Angelegenheit und wird in denjenigen Fällen, wo eine ausreichende Beihilfe von der Regierung der deutschen Wissenschaft nicht gegeben werden kann, ihrerseits zu helfen suchen, soweit es sich um die Erhaltung wirklich wertvoller Zeitschriften handelt und soweit die ihr dafür zur Verfügung stehenden Mittel ausreichen. — Mittel des Reiches sind für den gedachten Zweck in Gestalt der Beihilfen der Regierung bereits in erheblichem Umfang ausgenutzt worden. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dies auch weiterhin geschehen wird.

Annäherung auf der Walze. Die Kunst ist stets nach Brot gegangen, aber selten ist es ihr so schwer geworden, das notwendige Brot zu finden wie heutzutage, wo viele Künstler dem größten Elend preisgegeben sind. In früheren Zeiten, da der Künstler sich nach mehr als Handwerker fühlte, gingen die Maler, wenn sie an ihrem Wohnort nicht genug verdienten, wie die Handwerkerburgen „auf die Walze“ und zogen von Ort zu Ort. Die berühmten Meister fuhren in ihrem Wagen mit Dienerschaft von einem Hof zum andern, um die Fürstlichkeiten zu porträtieren, ihre bescheidenen Kollegen wanderten auf „Schultern Nappen“, um ihre Dienste den Bürgern und Bauern anzubieten. Auch die Tarife, die die Künstler heutzutage notgedrungen wieder festgelegt haben, waren damals gang und gäbe.

Von den Ergebnissen eines reisenden Malers berichtet Clemens Brentano in seiner Novelle „Die mageren Wehmüller und ungarischen Nationalgesichter“. Sein Held Wehmüller malt Bildnisse von Ungaren, die er nie gesehen hat, auf Borrat und läßt dann in jeder Stadt öffentlich ausrufen, er sei mit einem reich assortierten Vager „wohlgetroffener Nationalgesichter“ angelangt und lade das Publikum ein, sich das ihm zuzuführende Porträt, Stück für Stück einen Goldbuckeln, selbst auszusuchen. Persönliche Züge, wie Schnurbärte, würden unentgeltlich beigegeben, während die Uniformen extra bezahlt werden müßten. Die Anzeige eines Wachsmodellhauers der Wiener Akademie vom Anfang des 19. Jahrhunderts, der seine Kunst ebenfalls „auf der Walze“ verwertete, lautet folgendermaßen: „Carl Berg, Bildhauer und Modeller der Wiener Akademie, empfiehlt sich bei seiner Durchreise dem geehrten Publikum zur Modellierung von Naturphysiognomien nach neuester Methode, in größter Genauigkeit, wovon Muster schon in Rahmen jederzeit befristet werden können, wobei er das geehrte Publikum verständigt, daß er nur kurze Zeit sich hier aufhält. Preise: Porträt ein profilie 7, 8 und 10 Gulden, en face 20 Gulden.“ Solche Tarife hatten alle Maler. So wird z. B. in „Reueless Miscellaneen“ auf Anfrage mitgeteilt: „Herr Klotz läßt sich für ein Porträt mit einer, auch wohl zwei Händen 3 Louisdor zahlen. Herr Klinger malt wenig Hände und nimmt eben so viel, Herr Hofmann nimmt auch soviel, malt aber auch wohlseiler. Herr Delos läßt mit sich handeln, hingegen Herr Schöfänger der billigste und nimmt nur 5 Gulden

für ein Porträt.“ Selbst ein so hervorragender Meister, wie der medienburgische Hofmaler Georg David Matthieu machte bei Bildern mit oder ohne Hände große Preisunterschiede, wie aus folgender Aufstellung seiner Preise hervorgeht: Personen in Lebensgröße 40 Dukaten, Personen halb in Lebensgröße mit Zwerghänden 20 Dukaten, Ihre Durchlaucht Prinz Ludwig mit einer Hand 15 Dukaten, der Kammerjunfer von Warschau ohne Hand 10 Dukaten.“

Deutsch-russische Konvention zum Schutze des geistigen Eigentums. Die Auslandsabteilung des wissenschaftlich-technischen Departements des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetrepublik hat den Börsenverein der deutschen Buchhändler um die Vorbereitung einer eventuellen abgrenzenden Konvention zum Schutze des geistigen Eigentums zwischen Deutschland und Rußland gebeten. Der deutsche Reichsminister der Justiz hat unter gewissen Voraussetzungen dem Börsenverein zu erkennen gegeben, daß es der Reichsregierung zweckmäßig erscheine, wenn mit den Vorarbeiten schon jetzt begonnen würde. Der Ausschuß des Börsenvereins für Urheber- und Verlagsrecht hat sich daraufhin folgendermaßen schlüssig gemacht: Am wünschenswertesten wäre der Beitritt der russischen Republik zur Berner Konvention; ist dieser noch nicht zu erreichen, so doch vielleicht die Aufrechterhaltung des zwischen Deutschland und Rußland im Jahre 1913, vor dem Kriege, abgeschlossenen Vertrages, eventuell mit einigen Veränderungen. Auch dann aber hat der Ausschuß Bedenken, ob ein der Form nach auf Gleichberechtigung gestellter Staatsvertrag den deutschen Autoren und Verlegern in Sowjetrußland tatsächlich die gleiche Rechtssicherheit gewähren würde, wie sie die russischen Autoren und Verleger in Deutschland genießen würden. Trozdem wird der Ausschuß alle Vorbereitungen treffen.

Erkaufführungen der Woche. Mont.: Schloßpark-Theater: „Wilde Frau“.

Heute-Vorträge. Sonn- u. Mittw.: „Berne Oberland“; Mont.: Thüringen: „Dienst“, „Ficol“, „Donn.“; Son der Rudolphe bis zum Wasmann; Freit.: „Unser schönes Nielengebirge“; Sonnab.: „Der Hatz“.

Die Landwirtschaftliche Hochschule veranstaltet in den Räumen der Höheren Gärtner-Lehranstalt zu Dahlen am 31. Juli und 1. August einen Lehrgang über Bienenzucht. Teilnahme zur Teilnahme sind unter Einzahlung der Gebühr von 10 000 Mk. an die Kasse der Landwirtschaftlichen Hochschule N. 6, Annalidenstr. 42, zu richten.

Zwei Millionen Mark vergibt die Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte an jüngere Forscher, die an schlecht dotierten Instituten arbeiten. Durch einen norddeutschen Industriellen und einen Schweizer wurden die für obigen Zweck bestimmten Ueberschüsse auf der Jahresversammlung der Gesellschaft erbt. Gesuche sind zu richten an den Geschäftsführer, Prof. Dr. B. Radow, Leipzig, Rarnberger Straße 48.

Die Festschrift der Danziger Technischen Hochschule im Sommersemester 1923 gehalten hat wie folgt: Studenten und Hörer 1735, Gehilfen 93, zusammen 1828. 350 Studenten sind aus dem Freistaat Danzig, 574 aus Deutschland, 523 aus Polen und 308 sind andere Ausländer.

Der Kampf gegen die Eisenbahner.

Alein aus Hessen 12000 vertrieben.

Darmstadt, 21. Juli. (W.Z.) Mit den zuletzt gemeldeten Eisenbahnerausweisungen aus dem hessischen Teil des besetzten Gebietes ist nunmehr die Zahl 3000 erreicht. Rechnen man die Durchschnittszahl einer Familie nur mit vier — es sind zahlreichere Familien mit 8—10 Köpfen darunter —, so ergibt sich eine Gesamtzahl von rund 12000 vertriebenen Angehörigen von Eisenbahnerfamilien. 3000 Eisenbahnerfamilien sind also ihrer Wohnungen und Möbel und des größten Teils ihrer Wäsche und des sonstigen Hausrats beraubt, 3000 Familien auf die Straße gesetzt, unter unglaublichen Drangsalierungen und Qualereien über die Grenze des besetzten Gebietes abgeschoben. In vielen Dörfern, in denen Eisenbahnerkolonien waren, sind ganze Straßenzüge verödet und die Geschäftswelt durch den Ausfall ihrer Kundschaft schwer geschädigt. Während sich so hinter dieser Zahl eine Unsumme von Tränen und Leid verbirgt, ist auf der anderen Seite der Erfolg gleich Null. Die Franzosen haben mit ihrer ganzen Ausweisungspolitik lediglich erreicht, daß die noch zurückgebliebenen Eisenbahner nur um so fester ihren Willen zum Aushalten in dem freiwillig beschlossenen Widerstand befestigen.

Auch Ärzte an der Einreise verhindert.

Essen, 21. Juli. (W.Z.) Der leitende Arzt des Prosperhospitals in Reddinghausen, der einzige Spezialarzt für innere Krankheiten, war vor der Verkehrsperre zu seinem im unbesetzten Gebiet wohnenden schwerkranken Vater gereist. Infolge der plötzlich von der Besatzungsbehörde erlassenen Verkehrsperre war es ihm nicht möglich, nach Reddinghausen zurückzukehren. Ein der Besatzungsbehörde unterbreiteter Dringlichkeitsantrag wurde abgelehnt, da die Besatzungsbehörde sich auf den Standpunkt verstellte, daß der genannte Arzt durch einen am Ort wohnenden Arzt ersetzt werden könnte.

Ein Postamt freigegeben.

Speyer, 21. Juli. (W.Z.) Wie verlautet, ist die Besetzung des Fernsprechpostamts Speyer durch die französische Besatzungsbehörde heute vormittag aufgehoben worden, so daß Aussicht besteht, daß der Post-, Telephon- und Telegrammverkehr baldigst wieder aufgenommen wird.

Die im gleichen Gebäude untergebrachte Oberpostdirektion der Pfalz war dagegen heute vormittag noch besetzt. Die Beamten der Oberpostdirektion dürfen nach wie vor ihre Diensträume nicht betreten. Bekanntlich erfolgte die Besetzung des Postamtes und der Oberpostdirektion als „Sanktionsmaßnahme“ dafür, daß die Oberpostdirektion sich geweigert hatte, ein französisches Rundtelegramm zu befördern, worin die Einrichtung eines sogenannten gemischten Bahnhofs besprochen werden sollte.

Rückgang der französischen Kohlezufuhr.

Paris, 21. Juli. (W.Z.) Die „Journées Industrielles“ verzeichnen folgende Ziffern der Kohlezufuhr aus dem Ruhrgebiet in den letzten Tagen: Ueber Ehrang am 7. Juli 2828, am 8. Juli 3503, am 9. Juli 3488, am 10. Juli 903, am 11. Juli 2784 und 12. Juli 1913 Tonnen. Dazu kommen auf der Zufahrtsstrecke über Aachen für die genannten 6 Tage im ganzen 5213 Tonnen. Die gesamte Zufuhr für die Berichtswoche beträgt 20 598 Tonnen, d. h. 3400 Tonnen täglich im Durchschnitt. (Also immer weniger infolge der allmählichen Erschöpfung der Halbdorräte. Red. des „Vorwärts“.)

Annahme des belgischen Militärgesetzes.

Brüssel, 21. Juli. (W.Z.) Die Kammer verhandelte gestern in zweiter Lesung über das Militärgesetz. Sie nahm geringe Änderungen an dem Vorortat vor und bewilligte die gesamte Vorlage schließlich mit 25 gegen 16 Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen. Die Sozialisten verließen im Augenblick des Annahmeschlusses den Sitzungssaal und nahmen an der Abstimmung nicht teil. Ferner wurde dem Kammerausschuß der Entwurf des Ministers Rolf betreffend die Genter Universität vorgelegt. Es erklärten sich 73 Mitglieder für den Entwurf, 54 dagegen, 14 haben beiseite gestanden. Die öffentliche Debatte darüber beginnt nächste Woche.

Rußland und die Meerengenkonvention.

Unterzeichnung erst in Konstantinopel.

Lausanne, 20. Juli. (W.Z.) Die Sowjetregierung hat der Lausanner Konferenz ein Schreiben übermittelt, in dem sie an dem Meerengenabkommen zwar eingehende, wenn auch in der Form durchaus höfliche Kritik übt, sich aber doch zur Unterzeichnung des Abkommens bereit erklärt. Allerdings werde die Unterschrift erst in etwa drei Wochen in Konstantinopel geleistet werden können, da es der Sowjetregierung unmöglich sei, einen Delegierten nach der Schweiz zu entsenden.

Schwierigkeiten der Regierung Witos.

Warschau, 20. Juli. (W.Z.) Die Schwierigkeiten, mit denen die Regierung Witos zu kämpfen hat, nehmen weiter zu. Eine erhebliche Rolle spielt dabei die neue Verschärfung der Streikbewegung durch die blutigen Zusammenstöße mit der Polizei in Lodz und Genshchau. Obgleich die Lohnfrage überall die Grundfrage der Streikbewegung bildet, wird sie doch von der Opposition in umfassender Weise politisch ausgenutzt. Diese Umstände haben den Ministerpräsidenten Witos bewogen, von seinem Sommerurlaub nach Warschau zurückzukehren. Die schwankende Haltung des Finanzministers, der die Frage der Vermögenssteuer Ministerlich behandelt, trägt auch nicht dazu bei, um die Stellung der Regierung zu stärken. Dazu kommt der ungünstige Eindruck der offenkundigen Verstimmung, welche bei den baltischen Staaten durch das Fernbleiben Sedgas von der Rigaer Konferenz hervorgerufen worden ist. Es scheint, daß auch in der Regierung selbst Unstimmigkeiten vorhanden sind. Der sozialdemokratische „Rothschild“ will wissen, daß die Stellung des Kriegsministers Szepolowski erschüttert sei, weil Witos damit unzufrieden sei, daß dieser bei der Umbesetzung der hohen Militärstellen eine übertriebene Parteivorzugsung habe walten lassen. Auch in Sejmstreifen wird, wie der „Kurier Poranny“ meldet, von dem möglichen Rücktritt des Kriegsministers gesprochen.

Berliner Börse im Ausland.

Die Berliner Börse blieb heute sowohl für den Effekten- wie für den Devisenverkehr geschlossen. Die Spekulationen helfen sich mit Kursen aus dem Ausland. Von dort werden weiterhin sinkende Marktkurse gemeldet. Der Mittagskurs für die Mark in Basel ergibt eine Parität für den Schweizer Franken von 58 823 gegen 57 100 bei Beginn des Geschäftes. Dagegen meldet folgende Vermittlungsstelle: 1 englisches Pfund 1 620 000, 1 Dollar 330 000 bis 340 000, 1 holländischer Gulden 138 000 bis 139 000, Polennoten 248 bis 258.

Nur noch bis . . .

„Nur noch bis“, diese drei Worte spielen zurzeit in Berlin eine hochbedeutende Rolle. „Nur noch bis“, diese drei Worte sind wirklich inhaltschwer.

„Nur noch bis“ dann und dann kosten die Kohlen soundso viel. Wie ein Peitschenhieb wirkt diese Tatsache auf viele Arme. Sie hungern und hungern, um sich die —zig Papiermark zu ersparen und stehen dann mit Kinder- und Handwagen, die unepackt auf dem Wege zum Kohlenhändler schon zusammenbrechen, vergeblich vor den Kohlenkeller zu Kohlenkeller oder von Kohlenplatz zu Kohlenplatz. Dieser Kummer senkt sich über diese zusammengetrockneten Gestalten und die Verzweiflung greift nach ihnen.

„Nur noch bis“ hört man die und die Operette oder sieht irgendeinen Christus oder einen Fredericus Rex und dann ist's mit der Selbsterlösung und mit Deutschlands Aufstieg ein für allemal vorbei. Und diese drei Worte sollen sich als Reklame gewinnbringend bewähren.

„Nur noch bis“ kostet das Brot soundsoviel. Das Pfat hängt in den Väterläden und soll auch zugleich für halbverrottene Kuchen werden.

Vielen Menschen aber werden die Augen groß aus Angst, das soll man nicht vergessen. Denn viele unter uns haben „nur noch bis“ — zu leben, dann verhungern sie, während das Schmarotzertum sich ungehemmt und ungestraft überträgt.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend

Groß-Berlin, Werbebezirk Oberspree

Am Sonnabend, den 21. und Sonntag, den 22. Juli, veranstaltet der Werbebezirk „Oberspree“ im Rahmen einer Werbewoche einen

Jugendtag.

Programm:

Sonnabend: Begrüßungsfeier am Kaffhäuser, anschließend Fackelzug durch Rieder- und Oberkändeweihe. — Beginn 8 1/2 Uhr abends.

Sonntag vorm. 9 1/2 Uhr im Kaffhäuser, Berliner Straße: Feierstunde, bestehend aus Musik, Gesang, Rezitationen, Feste, Fieder zur Laute und Aufführung des Jugendstücks „Der Bergfried“.

Nachmittags 1 1/2 Uhr Kundgebung in der Hainstraße, nachdem gemeinsamer Abmarsch zum Waldfest in der Königsheide in Johannisthal.

Berliner Ferienspiele.

Das Jugendamt muß noch 1 Milliarde nachfordern.

Auf 13 Außenspielplätzen in Tegel, Buch, Biantenfelde, Buhlheide, Königsheide usw. erholten sich zurzeit beim Spiel täglich 30 000 Kinder unter der Leitung von Lehrern und Helfern in Luft und Sonne. Sie werden morgen in Gruppen hinausgeführt, auf den Spielplätzen während des Tages verspielt und kehren abends nach Berlin zurück. 1 1/2 Milliarden waren von der Stadt Berlin für die Durchführung der Aktion zur Ergänzung der von den Eltern zu zahlenden Beiträge zur Verfügung gestellt worden. Die stark ansteigende Teuerung warf alle Berechnungen über den Haufen. Ein Straßenbahnzug für die Beförderung der Kinder, der vor 14 Tagen 400 000 M. kostete, wird jetzt mit 900 000 M. berechnet. Die täglichen Verpflegungskosten stiegen in derselben Zeit von 850 M. auf 1700 M. pro Kind. Die Entschädigungen der Aufsichtspersonen (je eine für 100 Kinder) mußten bei den tariflich Entlohten durchschnittlich von 45 000 M. auf 68 000 M. pro Tag erhöht werden, bei den übrigen von 18 000 M. auf 29 000 M. Das Jugendamt hat sich daher entschlossen, den Magistrat um noch eine Milliarde für die Fortsetzung der Spiele anzugehen. Mit dieser Summe würde die Durchführung wenigstens noch bis Ende nächster Woche sichergestellt sein. Es handelt sich um alle die Kinder, die während der Ferien nicht verreisen und auf dem Lande keine Erholung finden können, und denen ja an sich unbedingt zu wünschen wäre, wenn ihnen die Ferien-erholung auf den Spielplätzen bis zum Ferienanfang im August ermöglicht werden könnte.

Wer sind die Toten?

Ein unbekannter Mann von etwa 60 Jahren mit grau meliertem Haar und Schnurrbart wurde an der Charlottenburger Schloßbrücke über die Spree gefoltert. In einer Schankwirtschaft in der Maderstraße starb plötzlich ein mittelgroßer Mann von etwa 50 Jahren mit gestülptem Schnurrbart und dunklem Anzug, der die Absicht gehabt hatte, seinen Bruder in Witzitz zu besuchen. Aus der Havel wurde bei Schildhorn ein Mann von 45—50 Jahren mit dunkelblondem Haar und schwarzem gestülptem Schnurrbart geboren. Er war anscheinend Kellner und trug einen schwarzen Cutaway mit der Firma Eugen Wehner, Berlin, Jerusalemstraße. Aus dem Verbindungskanal wurde an der Straße 12 ein Mann von etwa 20 bis 35 Jahren gefoltert, der einen dunklen Jacketanzug trug. Auf der Strecke zwischen dem Schlesischen Bahnhof und Kaulsdorf ließ sich ein Mann von etwa 40 Jahren von einem Eisenbahnzug töten. Er hat dunkelblondes Haar und Schnurrbart, seine Wäsche ist B. A. 1 und B. E. gezeichnet. Am Friedrich-Karl-Ufer landete man einen Mann von etwa 25 bis 30 Jahren mit gestülptem schwarzen Schnurrbart und schwarzem Jacketanzug. Im Jagen 154 des Grünwalds fand man einen mittelgroßen schlanken Mann von etwa 40 Jahren erschossen auf. Die Wistole hing an einem Baum. Die Leiche war bereits bis zur Unkenntlichkeit verwest. Der Mann trug einen grauen Wandfesteranzug mit Perlmutternöpfen, graue Segelstulpe und ein Jägerhemd. Am Hofsteiner Ufer wurde eine kleine etwa 70 Jahre alte Frau mit grauem, dünnem Haar aus der Spree gefoltert. Sie hatte, um sicherer unterzugehen, einen halben Mauerstein in die Tasche gesteckt. Die Frau trug einen schwarzen Hut, ein schwarzes Kleid, ein schwarzes Spitzentuch, leinene Wäsche, schwarze Strümpfe und Neugschnürstiefel mit Ledertappe. Besondere Kennzeichen sind eine Narbe auf dem linken oberen Augenlid und ein linksseitiger Leistendruck. Mitteilungen zur Feststellung der Persönlichkeiten nimmt die Vermittlungsstelle im Polizeipräsidium entgegen.

Der Bootsdieb als Verwandlungskünstler.

Bei einem verdächtigen Handel in der Märjstraße wurde ein 24 Jahre alter aus Dresden gebürtiger Hans J. angehalten und festgenommen. Es zeigte sich, daß man in ihm den Mann gefoltert hatte, der in der Nacht vom 21. zum 22. Juni bei Erkner und Woltersdorf mehrere Boote gestohlen hatte, die aber von dem Reichswasserfiskus wieder erbeutet und für die Bestohlenen beschlagnahmt wurden. Der Verhaftete gibt an, er sei der einzige Sohn eines Fabrikbesitzers, der zurzeit auf seinem Gut in Mecklenburg wohne. Er selbst trieb sich in Berlin umher und hatte bei einer „Dame“ in der Wulsdorfer Unterstadt gefunden. Der Verhaftete ist ein mittelgroßer Mann und trägt einen blauen Anzug. Er scheint zu den Verwandlungskünstlern zu gehören. Als man ihn nach der ersten Nacht aus dem Gewahrsam wieder vorführte, war sein früher blondes Haar schwarz geworden, ebenso die Augenbrauen. Um sich unkenntlich zu machen, trägt er zuweilen auch eine Brille mit gelbem Hornrand. J. hat wahrscheinlich noch mehr Boots-

diebstähle auf dem Korbholz. Mitteilungen zur Klärung nimmt der Reichswasserfiskus in Baumhuldenweg, Zaurhulden-Projekt (Zernspröcher Oberkändeweihe 1071) entgegen.

Mit Bier und Schnaps betäubt.

Auf der Straße fand sie sich wieder.

Durch Betäubung einer hausangestellten ist Tätern, die noch unbekannt sind, wieder ein großer Einbruch gelungen. Ein junges Mädchen, das bei einem Kaufmann in der Banern-Allee wohnt, lernte kürzlich auf einem Ausflug mit ihrer Freundin einen jungen Mann kennen. Dazu gefellte sich ein zweiter, der sich dann der Freundin anschloß. Man machte später gemeinsam mehrere Ausflüge. Dabei erfuhr die Männer auch, daß die Familie aus der Banern-Allee vertrieben ist. Der erste benutzte diese Gelegenheit, dem Mädchen einen Besuch zu machen und sich dabei auch die Wohnung anzusehen. Zum Mittwoch abend luden die beiden Männer die Mädchen wieder zu einem Spaziergang ein und lehrten spät mit ihnen in einer Wirtschaft in der Wilmersdorfer Straße ein. Hier gaben sie zunächst Bier zum besten. Dann drängten sie ihnen auch schwere Vikare auf. Das Ende war, daß sich das Mädchen aus der Banern-Allee nachts um 3 Uhr in den Anlagen der Badenschen Straße wiederfand. Es erwachte hier aus dem Schlafe und stellte mit Schrecken fest, daß ihm die Handtasche mit den Schlüsseln fehlte. In größter Angst eilte es nach Hause, fand aber die Tür verschlossen. Dort ließ sie zu ihrer Freundin und erfuhr, daß diese sich mit ihrem Begleiter von ihnen getrennt habe und heimgegangen sei. Als man nun endlich die Wohnung in der Banern-Allee öffnete, fand man sie halb ausgeräumt. Die beiden Mädchen, die ihnen ins Garn gegangen waren, wissen nicht einmal die Namen der Männer. Für die Klärung des Einbruchs und die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen, die vertraulich behandelt werden, nimmt die Dienststelle B. 1. 4. des Kriminalkommissars Gennat im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums entgegen.

Feststellung eines Lebensmittelwucherers.

Vorgefunden vormittag sammelten sich auf dem Wochenmarkt am Markbach-Ufer vor dem Stand des Gemüsehändlers Friedrich Ritzke 1000 Personen an, weil R. für ein Bund Moorrüben 17 000 M. verlangt, obgleich der Preis ab 16. Juli auf 7200 M. für das Bund festgesetzt worden war. Die Waren wurden beschlagnahmt und beim Polizeiamt Reutöfen sichergestellt. Wegen R. ist Anzeige wegen Wuchers erstattet worden.

Eiferfucht!

Eine blutige Eiferfuchtszene spielte sich im Hause Koppensstraße 31 ab. Hier feuerte der 22jährige Arbeiter Paul Weiß aus der Hufstienstraße 8 auf seine Geliebte, die 24 Jahre alte Arbeiterin Anna Anker, in deren Wohnung mehrere Schüsse ab. Die Kugeln gingen fehl, worauf es der Anker gelang, die Flucht zu ergreifen. Auf herbeigerufene Polizeibeamte gab Weiß ebenfalls mehrere Schüsse ab, die ebenfalls fehlgingen. Nachdem man gewaltsam in die Wohnung eingedrungen war, fand man den Schützen mit einem Schuß in der rechten Schläfe schwer verletzt auf. Er wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Friedrichsbain geschafft.

Dem Gedenken Ludwig Bambergers galt eine kleine Gedenkfeier, die gestern abend anlässlich seines hundertsten Geburtstages vom Deutschen Republikanischen Reichsbund im „Reisteraal“ in der Köthener Straße veranstaltet wurde. Nach einleitenden Worten Karl Wetters gab der Reichsminister des Innern Dejer ein Bild des liberalen Politikers, Bamberger erblickte am 22. Juli 1823 das Licht der Welt und schloß seine Augen für immer am 14. März 1899, so daß sein ganzes Wirken und Schaffen ausschließlich dem 19. Jahrhundert angehört. Er studierte Rechtswissenschaft und wurde 1848 in die politischen Kämpfe hineingezogen. Er übernahm bald die Redaktion des „Mainzer Anzeigers“, in dessen Spalten er den Gedanken des einheitslichen Reichs propagierte. Später gründete er in Mainz den „Demokratischen Verein“, mußte aber infolge der Umwälzung ins Ausland flüchten. Im Exil lebte Bamberger als Kaufmann zuerst in schweizerischen Ländern, dann in Holland und auch in Paris. Die Leiden, die er als Flüchtling während und nach der Revolutionszeit zu ertragen hatte, waren groß. Stiefbriefe auf Ludwig Bambergers schwirrten überall umher, doch konnten alle ihm zugehenden Urteile, darunter das Todesurteil, nicht ausgeführt werden, da er sich im Ausland befand. Nachdem sich die Wogen der Erregung gelegt hatten, kehrte er nach Deutschland zurück. Er ging dann als Abgeordneter für Mainz in den Reichstag, der damals noch in der Leipziger Straße tagte. Seine scharf und folgerichtig geäußerten Reden fanden Achtung und Aufmerksamkeit auch bei den Gegnern. Seine Stellung im Reichstag war die eines Demokraten und Republikaners. Später war er nationalliberal. Die Währungsfrage sowie die Gründung der Reichsbank war ein besonderes Arbeitsgebiet Bambergers. Schon damals hatte er den Wert eines Zentralnoteninstituts erkannt. Zollpolitische Gründe waren es im Jahre 1879, die seinen Austritt aus der Nationalliberalen Partei veranlaßten. In Gemeinschaft mit Eugen Richter gründete er die Deutschfreiwirtschafts Partei. Nach der Gedenkrede Dejers gab der frühere freisinnige Abg. Max Broemel als Freund Bambergers noch einige persönliche Erinnerungen bekannt. Damit hatte die schlichte Feier die von Chopin- und Schumann-Mängen umgeben wurde, ihr Ende erreicht.

Schwerer Unfall. Gestern abend fuhr auf einer Kohlenpfad in der Bergstraße ein mit schweren Steinen beladener Lastkraftwagen. Der 56 Jahre alte Arbeiter Gustav Dernbusch aus Brih wollte hinter den Anhänger des Lastkraftwagens ein Brett legen, um den Wagen auf der abschüssigen Bahn zum Halten zu bringen. Dabei stürzte der Anhänger um und begrub D. unter sich. Als man ihn befreit hatte, war der Tod bereits eingetreten.

Ein furchtbares Drama spielte sich im Hause Zionskirchstraße 52 ab. Hier erschien in der Wohnung seiner von ihm getrennt lebenden Frau der 48 Jahre alte Oberpostkassierer Heinrich Vansche aus der Rügener Straße 4 und gerätürmerte noch einer heimlichen Szene mit seiner Frau sämtliche Möbelstücke mit einem Beil. Dann schwang er sich auf ein Fensterbrett und stürzte sich vier Stockwerke tief in den Hof hinab. Mit schweren Schädel- und Rippenbrüchen transportierte man ihn nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo er noch lebend, aber im hoffnungslosen Zustande eingeliefert wurde.

Renanntung von Milchfarten. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die bereits in dem Besitz der Milchbezugsberechtigten befindlichen Milchfarten für den Monat August 1923 müssen bis zum 24. Juli 1923 in den Milchhandelsgeschäften und in den Abmeldeämtern (Kuhställen neu angemeldet werden.

„Wer hat noch ein eigenes Bett?“ Auf Grund unserer unter dieser Ueberschrift gemachten Ausführungen in Nr. 327 liefen bei uns folgende Spenden ein, worüber hiermit dankend quittiert wird: Curt Weiß 150 000 M. Angenandt 25 000 M. Ferner schenkte Herr Szymanski-Schöneberg eine Bettstelle.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, aber sehr veränderlich, mit wiederholten leichten Regenschauern und mäßigen westlichen bis südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Bild. Die Genossen treffen sich zur Wahlhilfe Sonntag früh 8 Uhr bei Runge, Wulsdorfer 49.

